

GÖTTINGER BLÄTTER

07/08.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege:

► Der zunehmende Mangel an bezahlbarem Wohnraum betrifft in besonderer Weise Menschen im Leistungsbezug des SGB II und XII.

Aus der Praxis der Beratungsstellen, so in der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), sind die Probleme bekannt: Leistungsbezieher/innen haben enorme Probleme, auf angespannten Wohnungsmärkten geeigneten Wohnraum mit der erforderlichen Notwendigkeitsbescheinigung der Jobcenter anzumieten, die tatsächlichen Mietkosten werden nicht immer in voller Höhe übernommen, selbst dann nicht, wenn alternativer Wohnraum nicht zur Verfügung steht

Eine nicht unerhebliche Anzahl an Personen, die Leistungen nach dem SGB II/SGB XII (Hartz IV/Grundsicherung) beziehen, müssen in deutlichem Umfang Aufwendungen für die Unterkunft aus dem Regelbedarf aufbringen.

Dies liegt nach Auffassung der BAGFW auch daran, dass die Angemessenheitsgrenze in vielen Fällen zu niedrig bemessen ist, um die Kosten der Unterkunft und Heizung in adäquater Höhe zu berücksichtigen. Immerhin haben - nach Studienergebnissen - 17,3 % der Bedarfsgemeinschaften im SGB II und 14,4 % der Einstandsgemeinschaften im SGB XII-Leistungsbezug eine Miete aufzubringen, die oberhalb der abstrakten Angemessenheitsgrenze liegt.

Die äußerst unterschiedlichen Verfahren zur Bestimmung der Angemessenheitsgrenzen führen zu einer fragwürdigen Ungleichbehandlung der Leistungsberechtigten bei der Absicherung des grundgesetzlich garantierten Existenzminimums.

Gleichzeitig stellt die BAGFW fest, dass die Situation aber auch für die Leistungsträger nicht einfach ist. Sie stehen vor dem Problem, ein rechtssicheres Konzept zu erstellen. So ist eine Situation entstanden, in der das Recht auf Existenzsicherung der Leistungsbezieher/innen nicht immer gewährleistet ist.

Um dies zu beheben, fordert die BAGFW:

Zum einen ist sicherzustellen, dass die Angemessenheitsgrenze so ermittelt wird, dass die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung gedeckt werden. Dabei sind die Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarktes zu berücksichtigen. Die angemessene Wohnung muss für die Leistungsbezieher/innen tatsächlich verfügbar sein. Sie dürfen nicht in die Situation kommen, Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung teilweise aus dem Regelbedarf begleichen zu müssen (Gesichtspunkt der tatsächlichen Verfügbarkeit von Wohnraum).

Zum anderen bedarf es einer praktikablen Regelung im SGB II, die Rechtssicherheit für Leistungsbezieher/innen und Leistungsträger schafft (Gesichtspunkt der Verfahrenssicherheit).

Die BAGFW spricht sich angesichts der großen Heterogenität des Wohnungsmarktes sowie der unterschiedlichen Wohnbedarfe der Leistungsberechtigten klar gegen eine Pauschalierung der Leistungen für die Unterkunft und Heizung aus. Im Gegensatz dazu teilt die BAGFW die Auffassung, dass der Anspruch auf Übernahme der Unterkunftskosten auf

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Bezahlbarer Wohnraum	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreistagsinfo	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Bundeswehr Werbung	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 09.2018
ist der 17. August.
Auslieferung am 23. August.

China heute

Eine aktuelle Betrachtung der chinesischen Realität heute.

Referent:

Lars Mörking, OS,
Sinologe, Chefredakteur der UZ,
Zeitung der DKP

Mittwoch, 22. August | 20.00 Uhr
Arbeit und Leben | Lange Geismarstr.

Eine Veranstaltung der DKP-Göttingen

ein angemessenes Maß zu begrenzen ist. Dabei ist jedoch sicherzustellen, dass für alle Leistungsberechtigten tatsächlich Wohnungen zur Verfügung stehen, deren Kosten in voller Höhe vom Grundsicherungsträger übernommen werden und die einen angemessenen Wohnstandard aufweisen.

(...) weiter auf Seite 12





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Erklärung zur Buchenwald-Befreiung

Bedeutsame Bestandteile der faschistischen Ideologie sind Rassismus und Antisemitismus. Die NSDAP verstand im »Kampf gegen das Judentum« eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Der Antisemitismus wurde mit aktuellen politischen, ökonomischen und kulturellen Problemen der Zeit verbunden und in den Rang existenzieller Notwendigkeit erhoben. Organisierte antijüdische Übergriffe und Boykottaktionen schürten Judenfeindlichkeit und Rassismus. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland hunderte Synagogen. Eine hysterische Meute

plünderte tausende jüdische Geschäfte. Etwa 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und unter unmenschlichen Bedingungen in die Konzentrationslager verschleppt.

Die Auswirkungen dieser Aktion im KZ Buchenwald vor achtzig Jahren waren Thema des von der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora durchgeführten IX. Treffens der Nachkommen, zu dem ehemalige Häftlinge, Antifaschistinnen, Antifaschisten und zahlreiche Gäste eingeladen waren.

Dreiundsiebzig Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus sehen

wir mit Sorge das Aufleben von Antisemitismus, weit verbreiteten Rassismus und zunehmende Gewalt.

Diese Erscheinungen gehen einher mit massenhaft verbreiteter Gleichgültigkeit.

Von unserm Treffen mahnen wir mit dem am 19. April 1945 auch von jüdischen Überlebenden geleisteten Schwur von Buchenwald »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« zu menschlich vernünftigem und politisch verantwortungsbewusstem Handeln.

Es gibt zu einer Welt des Friedens und der Freiheit, ohne Faschismus keine Alternative!

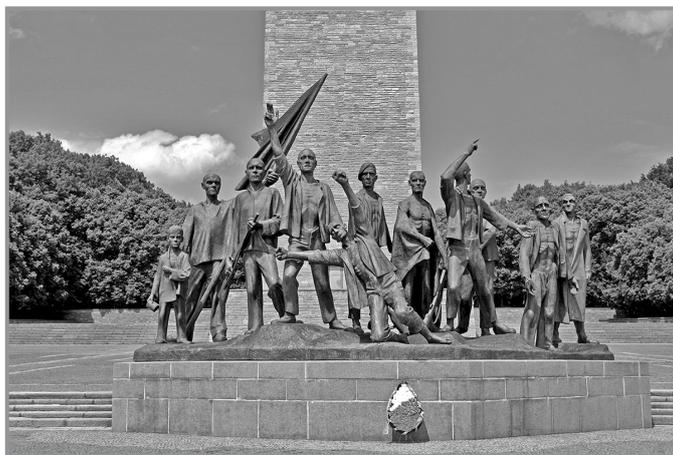
► Treffen der Nachkommen in Buchenwald

Anlässlich des 73. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald fand auf Einladung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora am 15. April 2018 das IX. Treffen der Nachkommen auf dem Ettersberg statt.

Mehr als hundert Gäste, Weimarer Bürger, Antifaschistinnen und Interessierte nahmen bereits am Vortag an einer Gedenkveranstaltung teil. Im Rahmen des Projekts »1000 Buchen« vom Lebenshilfe-Werk Weimar/Apolda zur Erinnerung an die Todesmärsche aus dem KZ Buchenwald wurden auf Anregung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora Bäume für die jüdischen Häftlinge und den politischen Häftling Hans Gerhard Lehmann gepflanzt. Die Söhne von Hans Gerhard Lehmann und der Dresdener Jugendverein »Roter Baum«, der Stadtverband Die Linke sowie die Dresdener VVN-BdA finanzierten die Baumpflanzung.

Das IX. Treffen der Nachkommen fand im Kinosaal der Gedenkstätte Buchenwald statt und widmete sich dem Thema »Der Judenpogrom vom November 1938 und

die Hilfe des Lagerwiderstands für die Juden im KZ Buchenwald«. Historische Fakten, Fotos und Dokumente, in einem Video eingespielt, stimmten die Gäste ein, unter ihnen die ehemaligen Häftlinge Naftali Fürst aus Israel und Andrei Iwanowitsch Moiseenko aus Weißrussland. Nach Grußworten vom Vorsitzende



der Lagerarbeitsgemeinschaft, Günter Pappenheim (der aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich anwesend war), und dem Präsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos, Dominique Durand, referierte der Historiker Dr. Harry Stein zum Thema. Seine Ausführungen wurden mit großem

Interesse aufgenommen. Schüler aus Weimar und Jena lasen aus Zeitzeugenberichten. Mit starkem Beifall wurde von den Teilnehmerinnen des Treffens eine Erklärung verabschiedet. Das stille Gedenken am Block 22, dem so genannten Judenblock, beendete das diesjährige bundesweite Treffen der Nachkommen.

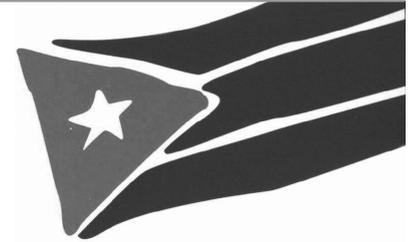
Schülergruppen aus Siegen und Dresden, Gruppen der VVN-BdA aus Berlin, Siegen, Essen, Thüringen, eine Gruppe von »Schweinfurt ist bunt« verbanden die Teilnahme am Treffen mit dem Besuch der Gedenkstätte. Der »Rote Stern Leipzig/Sektion Radsport« beendete in Buchenwald eine Radtour, die am 14. April in Leipzig gestartet war und über Zeitz, Eisenberg, Jena und Weimar führte.

Die Gedenkkundgebung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald-Dora bildete den würdigen Abschluss des diesjährigen Gedenkens in Buchenwald. Der Thüringer Staatssekretär, Malte Krückels, versicherte, die »Landesregierung fühlt sich dem Schwur von Buchenwald verpflichtet:

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 10. Juli um 20.00 Uhr im Berliner Hof

▶ José Martí hält Einzug in die Hall of Fame der Autoren in New York

Der Apostel der Kubaner ist erst der zweite hispanische Schriftsteller, der in den exklusiven Salon aufgenommen wird

Der kubanische Poet, Essayist, Journalist und Politiker José Martí (1853-1895) ist als neues Mitglied der „New York Writers Hall of Fame“, der New Yorker Ruhmeshalle der Autoren, nominiert worden, wie laut Cuba-debate im vergangenen Mai das „Empire State Center for the Book“ ankündigte.

Der Apostel der Kubaner ist erst der zweite hispanische Schriftsteller, der in den exklusiven Salon aufgenommen wird, nachdem der puerto-ricanischen Dichterin Julia de Burgos diese Ehre 2011 zuteil geworden war.

Der Antrag war in letzter Zeit von der mit Martí-Studien befassten Esther Allen, die auch Übersetzerin seiner Werke ist, und der kubanisch-amerikanischen Historikerin Ada Ferrer der Universität von New York betrieben worden.

Die Aufnahme in den illustren New Yorker Kreis konkretisierte sich während einer Zeremonie, in der besagte Ferrer und Lisandro Pérez, kubanisch-amerikanischer Soziologe und Professor am John Jay College, zum Zwecke der Inklusion das Wort ergriffen.

Die „New York Writers Hall of Fame“ ist ein Projekt des „Empire State Center for the Book“, das jährlich Mitgliedschaften an verschiedene Autoren, lebende wie auch tote, vergibt, die die kulturelle Geschichte dieser großen Stadt geprägt haben.

Einige der berühmtesten sind u. a. Walt Whitman, Herman Melville, Washington Irving, Henry James, Langston Hughes und James Baldwin.

In diesem Jahr kamen neben Martí weitere fünf Schriftsteller hinzu, darunter



Ira Gershwin (1896-1983), Texter aus den Vereinigten Staaten, der – zusammen mit seinem berühmteren Bruder, dem Komponisten George Gershwin – viele in den USA beliebte Lieder geschrieben hat.

▶ 120 Jahre Widerstand

In Guantánamo wird über die Schäden diskutiert, die als Folge der militärischen Enklave entstanden sind | Autor: Roxana Romero Rodríguez | internet@granma.cu

GUANTÁNAMO - Der Marinestützpunkt in Guantánamo ist ein Beweis für die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen des US-Imperiums über Kuba, mit dem Ziel, die Souveränität mit Füßen zu treten und dem kubanischen Volk Schaden zuzufügen.

Dies erklärte der Historiker José Sánchez Guerra während des theoretischen Forums 120 Jahre Yankee-Militärpräsenz in Guantánamo, das an der Universität für medizinische Wissenschaften dieses Gebietes stattfand. Im Rahmen dessen sprachen Professoren, Sozialwissenschaftler und Studenten über die Schäden, die durch die militärische Enklave verursacht wurden, die älteste in den Vereinigten Staaten in Übersee.

Die Einwohner von Guantánamo, fügte Sánchez Guerra hinzu, hätten jedoch seit 120 Jahren mit einem Geist des Widerstands reagiert, der bereits Teil ihrer Identität sei.

Während des Forums wurde das Buch „Guantánamo and American Empire. The Humanities Respond“ präsentiert. Dessen Autor ist der in Puerto Rico lebende amerikanische Schriftsteller und Professor Don. E. Walicek und die Herausgeberin Jessica Adams. Das Buch, das in englischer Sprache vorliegt, trägt historiographische Elemente, Interviews und wissenschaftliche Aufsätze zusammen, die, von einer humanistischen und karibischen kulturellen Perspektive ausgehend, die willkürlichen Methoden

der Inhaftierung und Folter, denen die Gefangenen im Gefängnis der illegalen militärischen Enklave ausgesetzt sind, zurückweisen.

Don E. Walicek sagte, dass die Zusammenstellung ein Ergebnis von vier Jahren Forschung sei und er in seinem Text versuche, der Welt zu zeigen, dass die Provinz Guantánamo viel mehr als eine Marinebasis ist. Gleichzeitig zeige er die internationale Ablehnung der Besetzung eines Teils dieses Gebiets sowie die gerechte Forderung des kubanischen Volkes nach seiner Rückgabe.

Der Forscher Mario Montero Campello bezog sich wiederum auf die Auswirkungen der Militärbasis auf die Umwelt. Die Vereinigten Staaten halten die tiefsten Bereiche der Bucht von Caimanera besetzt, was im Ergebnis der kontinuierlichen konstruktiven Expansion und der systematischen Müllentsorgung auch die Flora und Fauna des Gebietes beeinträchtigt und die Umwelt verschmutzt.



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Pädagogen im Visier

Aus: newsletter@german-foreign-policy.com (Eigener Bericht)

Die Bundeswehr verstärkt ihre Propagandaarbeit gegenüber Lehrkräften staatlicher Schulen. Erst in der vergangenen Woche berichtete der militärpolitische Think-Tank der Bundesregierung, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), über ein Treffen mit Referendaren der Fächer Politik und Sozialkunde. Man habe dabei „wertvolle Einblicke in die schulische Vermittlung außen- und sicherheitspolitischer Themen“ erhalten, heißt es. Den für die Agitation von Schülern zuständigen „Jugendoffizieren“ der deutschen Streitkräfte wiederum gelten Pädagogen nach eigenem Bekunden als wichtige „Multiplikatoren“ von Propagandabotschaften. Wie einem aktuellen Report der Truppe zu entnehmen ist, veranstalten mittlerweile sogar Kampfteinheiten in ihren Kasernen eigens „Tage der Lehrkräfte“. Die „Jugendoffiziere“ selbst empfehlen sich Lehrern als militärpolitische Referenten, indem sie auf ihre „persönlichen Eindrücke“ von Kriegsoperationen verweisen - etwa „aus dem Einsatz in Afghanistan“.

Reduzierte Realität

Wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) mitteilt, hatte sie unlängst angehende Lehrerinnen und Lehrer des Staatlichen Studienseminars aus Bad Kreuznach in Rheinland-Pfalz zu Gast. Thema der Zusammenkunft seien die „zentrale[n] Herausforderung[en] des schulischen Alltags“ in den Fächern Politik und Sozialkunde an Gymnasien gewesen, heißt es. Diskutiert wurde laut BAKS unter anderem, wie es gelingen kann, „die Inhalte des Lehrplans mit der Aktualität zu vernetzen“ und „Realität didaktisch soweit (zu) reduzieren, dass sie in eine Unterrichtseinheit von 45 Minuten hineinpasst“. Die Bundesakademie lieferte den Referendaren dabei nach eigenem Bekunden „zahlreiche Impulse“ für den pädagogischen Umgang mit „aktuellen Brennpunkten internationaler Politik“ - und konnte selbst die „wertvolle Gelegenheit“ nutzen, „Einblicke in die schulische Vermittlung außen- und sicherheitspoli-

tischer Themen und das diesbezügliche Interesse der Schülerinnen und Schüler zu erhalten“.[1]

Besonders lohnend

Auch den vornehmlich für die Agitation von Schülern zuständigen „Jugendoffizieren“ der Bundeswehr gelten Pädagogen als wichtige „Zielgruppe“, will man doch explizit „Multiplikatoren“ für Propagandabotschaften gewinnen. Wie die Truppe in ihrem aktuellen Jahresbericht schreibt, hat sie 2017 mit ihrer „Informationsarbeit“ allein rund 13.000 Lehrer, Referendare, Schulleiter und Mitarbeiter der Schulaufsichtsbehörden erreicht. Als „besonders lohnend“ hätten sich Vorträge vor noch in Ausbildung befindlichen Lehrkräften erwiesen, heißt es: „Der Zielgruppe der Referendarinnen und Referendare wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn sie sind die Lehrerinnen und Lehrer von morgen und werden dann eher auf das ihnen bereits bekannte Angebot der Jugendoffiziere zurückgreifen. Zudem konnte so gut wie keiner von ihnen auf praktische Erfahrungen mit der Bundeswehr aus eigener Dienstzeit als Soldat oder Soldatin zurückgreifen, so dass der Kontakt zum Jugendoffizier von besonderem Wert war.“[2]

Flüchtlinge und Terroristen

Um Pädagogen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, lassen sich die „Jugendoffiziere“ folgerichtig einiges einfallen. So wird etwa ganzen „Lehrergruppen“ die Teilnahme an militärpolitischen „Tagesseminaren“ und „Seminarfahrten“ offeriert – zwecks Besuch des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam oder der NATO-Hauptquartiere in Brüssel (Belgien), Brunssum (Niederlande) und Szczecin (Polen). Wie ein an Schulleitungen gerichteter Musterbrief der Truppe ausführt, seien die jeweiligen Vorträge der „Jugendoffiziere“ dabei exakt „an die Rahmenlehrpläne der verschiedenen Schulformen angepasst“. Zu den behandelten Themen heißt es, man biete unter anderem „Antworten“ auf die

Mitgliederversammlungen Juli/August:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 03. Juli, 19:00 Uhr

Grillen in Gunnars Garten
(Jede/r bringt sein/ihr Grillgut mit)

MV Dienstag, 17. Juli, 20:00 Uhr

G7 und Folgen, Referent: Jörg M.

MV Dienstag, 31. Juli, 20:00 Uhr

Auswertung ver.di-Abschlüsse,
Referent: Tim K.

MV Dienstag, 07. August, 20:00 Uhr

Bildungsabend Militarismus
Referent Toto

Achtung: Mittwoch, 22. Aug., 20:00 Uhr

China heute, Referent: Lars M.
(Sinologe u. Chefredakteur der UZ)

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

„allgegenwärtigen Fragen“ nach den Auswirkungen von „Flüchtlingsströme(n)“ und „global agierende(m) Terrorismus“. Auch seien die „Jugendoffiziere“ in der Lage, ihre Referate über das militärische „Krisen- und Konfliktmanagement“ mit „persönlichen Eindrücken aus dem Einsatz in Afghanistan“ zu unterfüttern, erklärt die Bundeswehr.[3]

Tag der Lehrkräfte

Die „Jugendoffiziere“ ebenso wie die für die Nachwuchsrekrutierung zuständigen „Karriereberater“ der deutschen Streitkräfte organisieren zudem regelmäßig „Besuche bei der Truppe“. Das Angebot, einen „Blick hinter den Kasernenzaun“ zu werfen [4], zielt in erster Linie auf Schulklassen; gleichzeitig wurden damit allerdings allein 2017 laut Bundesregierung auch 561 Lehrer und Vertreter von Schulbehörden erreicht.[5]

(...) weiter auf Seite 12

GROBIAN Gröner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Stadtteilfest am 9. Juni in Grone - Süd

Grobian-Stand, Stand des Vereins „IN Grone“ und MieterInneninitiative Grone verkörperten einen guten Teil der Zivilgesellschaft in Grone.



über die von ihnen herausgegeben Info-Blättern und weiteren wohnungspolitischen Artikeln aus den Medien.

Darüber hinaus hatten sie MitstreiterInnen einen offenen Brief an die ADLER Real Estate AG formuliert, in dem sie die vorhandenen Mängel in den Häusern aufzeichneten und forderten, diese

zunächst zu beheben statt Modernisierungen anzugehen. Auch baten sie in diesem Brief um Hilfe bei den zuständigen städtischen Institutionen.

Neben den acht MieterInnen, die den Brief erarbeiteten hatten, konnten sie weitere MieterInnen gewinnen, diesen Brief – samt Adresse – zu unterzeichnen. Und es wurde gleich noch ein nächstes Treffen am 26. Juni verabredet (nach Redaktionsschluss).

Die Grobiane bei ihrer Auswertung: Das war schon ein tolles Fest, bei dem es vielfältige Eindrücke und Informationen gab. Leider



Mietbroschüre des Vereins „IN Grone“, Kosten: 2 Euro (incl. Porto)

Bestellungen unter: in-grone@web.de

war es doch sehr auseinandergezogen, so dass der Platz vor der Bühne oftmals ein wenig leer wirkte. Außerdem fand das Fest im Ramadan-Monat statt, so dass ein gewichtiger Anteil der BewohnerInnen des Stadtteils gar nicht kommen konnten. Auch ein evangelischer Gottesdienst in einem Stadtteil mit einem hohen Teil andersgläubiger NachbarInnen war nicht der Punkt auf dem „i“ – auch wenn es das 40. Jubiläum der Jona-Gemeinde war. (gusi)

Natürlich waren dies nicht alle „zivilgesellschaftlichen“ Kräfte aus Grone, die am Straßenfest teilgenommen hatten, denn auch die BI-Grüne/Süd war - neben den Kindergärten, dem Jugend-Treff und dem NBZ, den internationalen Gärten u.a. - dabei. Aber aufgefallen sind diese drei Stände trotzdem: Repräsentativ machten sie – unter zwei roten Zenten - eine Seite des Jona-Platzes aus.

Die Grobiane boten neben dem Halal-Grill und Tee wieder einen antifaschistischen Büchertisch an und stellten ihre Ausstellung „30 Jahre GROBIAN“ vor: Der Rückblick auf 30 Jahre Antifa-Arbeit und sozio-kulturelle Initiativen.

Der Verein „IN Grone“ stellte seine Mietbroschüre, die in den Tagen zuvor vom Mitgliedern und FreundenInnen des Vereins flächendeckend vor allem in den Häusern der ADLER Real Estate AG und der Vonovia AG (in Grone-Nord) verteilt worden sind. Es kamen denn auch einige BewohnerInnen, die diese Broschüre erhalten hatten und weitergehende Fragen hatten. Auch gab es etliche Nachfragen nach dem Wirken des Vereins, der die Mietfragen im vergangenen Jahr angestoßen hatte.

Aber vor allem der Stand der erst vor kurzem gegründeten MieterInneninitiative war über den ganzen Nachmittag von regem Besuch und vielfältiger Diskussion geprägt: Neben der Ausstellung



Die Stände von „IN Grone“ und der MieterInneninitiative

Was sind eigentlich Finanzmärkte, wie entstehen Finanzkrisen und welche Regulierungsmechanismen gibt es?

Das ist der etwas „komplexe“ Titel des Themenabends, den Grobian am **Do., 12. Juli, um 20.00 Uhr** in der Jona-Gemeinde anbietet.

Die Referentin, Heide H., ist Volkswirtin und wird versuchen, dieses Thema in einer Stunde zu erläutern. Selbstverständlich wird es danach Zeit für Nachfragen und Diskussionen geben.

Da der Platz sehr eingeschränkt ist, wird um Anmeldung unter g.siebecke@web.de gebeten, wenn es Interesse an einer Teilnahme gibt.



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Dienstag, 14. August, 19 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73, Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Vorbereitung des Landesparteitages am 08. September 2018
3. Bericht vom Leipziger Parteitag
4. Arbeitsplanung des KV
5. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
6. Verschiedenes

Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 22. August, 19:00 Uhr, Saal der Roten Hilfe
Schwerpunktthema mit Gästen: Queeres Zentrum Göttingen

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 11. Juli, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.
Mittwoch, 08. August, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Kurt Saalman (vgl. Adressenspalte) erfragen.

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,
E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,
E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Kurt H. Saalman, Steinflurweg 21
37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

**Zusammenstehen
gegen den Nazi-Terror!
Solidarität mit den Opfern
rechter Gewalt.**

DIE LINKE.

www.die-linke.de



DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

**Europabüro
Göttingen**

▶ **Neue Broschüre: Vernetzte Sicherheit und Rekolonialisierung**

Die EU-Missionen und die Militarisierung Nordafrikas und des Sahels

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Ohne den Libyenkrieg von 2011 und die französische Intervention 2013 in Mali wäre die EU heute nicht dasselbe politische Gebilde, das sie ist. Mittlerweile verfügt die EU in Nord- und Westafrika über ein Netzwerk von Militärbasen und diplomatischen Missionen, über die sie tief in die Politikgestaltung der betreffenden Staaten eingreift. Dies bildet sich auch im Institutionengefüge des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) ab, der kurz vor dem Libyenkrieg seine Arbeit aufnahm und mit der im März 2011 veröffentlichten Sahel-Strategie erstmals mit einem regionalen Gesamtansatz in Erscheinung trat. Regelmäßig bereisen seitdem Vertreter*innen des EAD die Region zwischen Tunis, Bamako und Niamey. Fast täglich besprechen Diplomaten*innen und Bürokrat*innen der EU Gesetzesvorhaben der dortigen Regierungen, Operationspläne und die Programmierung von Finanzmitteln mit Bezug auf Nordafrika und den Sahel.

Evaluierungen des Engagements in diesen Regionen haben zumeist das Maß der Umsetzung des „vernetzten Ansatzes“ im Fokus. Damit sind die Abstimmung und das Ineinandergreifen der außenpolitischen Instrumente sowohl der Union als auch ihrer Mitgliedstaaten gemeint. Das gilt von Maßnahmen der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit bis hin zu Polizei- und Militärmissionen.

Obwohl als Ziele all dieser Interventionen die vielfältige Stabilisierung und die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung der entsprechenden Länder definiert sind, werden mögliche negative Auswirkungen auf diese Entwicklungen nicht in Erwägung gezogen, oder tatsächlich erfolgte negative Entwicklungen nicht in die Evaluierung einbezogen. Solch eine negative Entwicklung ist auch die Verstärkung autoritärer Führungsstile durch die zunehmende Militarisierung der

Region. In der Tat ist die fatale Entwicklung des Terrorismus in der Sahelzone und in Westafrika ein Drama. Fatal ist es jedoch wenn diese Entwicklung lediglich als Legitimierung eines militarisierten Politikansatzes dient, ohne dem komplexen Bedingungsgefüge des Terrorismus Rechnung zu tragen.

Die vorliegende Studie unternimmt den Versuch einer kritischen Reflexion des Politikfeldes „state building“ der EU. Sie orientiert sich an den fünf „zivilen“ und

militärischen Missionen vor der Küste und in Libyen, in Mali und in Niger. Es zeigt sich, dass die Eskalation der Konfliktlagen und auch die regionale Ausweitung EUropäischer Polizei- und Militärmissionen nicht einfach Folgen einer schlechten Umsetzung der Missionen sind, sondern sowohl in der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, in der Sahel-Strategie von 2011 und der EU-Globalstrategie von 2016 angelegt sind. Die Dynamik westlicher interessengeleiteter Interventionen, die auf den Sicherheitssektor fokussiert sind, und die Eskalation negativer Entwicklungen wird auf den folgenden Seiten umfangreich dargestellt.

Die Broschüre kann ab Ende Juni im Europabüro in Hannover bestellt werden:

**Europabüro
Sabine Lösing**
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon: 0511 45008852
E-Mail: hannover@sabine-loesing.de

Nr. 14, Juni 2018

Informationen zu Politik und Gesellschaft

Nachrichten, Berichte und Analysen aus dem Europäischen Parlament. Herausgegeben von Sabine Lösing, MEP.

Christoph Marischka

Vernetzte Sicherheit und Rekolonialisierung

**Die EU-Missionen und die Militarisierung
Nordafrikas und des Sahels**



Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
GUE/NGL
www.guengl.eu



► Erstaunliche Allianzen

Bericht vom Leipziger Bundesparteitag

Die mediale Würdigung des Parteitags wurde vor allem durch Berichte und Bilder bestimmt, welche die Uneinigkeit zum Umgang mit dem Thema Flucht und Migration darstellten. Es gab offenbar auch von Seiten bestimmter Kräfte innerhalb unserer Partei ein großes Interesse daran, dass ein Dissens unbedingt öffentlich wahrnehmbar sein sollte. Aus meiner Sicht sollte aber im Vordergrund stehen, dass es in unserer Partei eine breite politische Übereinstimmung vor allem in Fragen gibt, die uns von allen anderen Bundestagsparteien unterscheiden. Dies betrifft beispielsweise die Umverteilung des privaten Reichtums für die Daseinsvorsorge wie Bildung und Pflege oder den kommunalen Wohnungsbau sowie die grundsätzliche Ablehnung von Auslandsseinsätzen und die Forderung nach Rücknahme der Hartz-Gesetze.

Lange hatte sich abgezeichnet, dass es auf dem Parteitag zu neuen Bündnissen kommen würde: Sehr viele Mitglieder des für seine entschiedene Zustimmung zum Gang in Regierungsverantwortung bekannten Forums demokratischer Sozialismus (FdS), welches z.B. Rücken- deckung gibt, wenn Regierungen mit Beteiligung der LINKEN Abschiebungen vollziehen, und die Strömung der Ko-Parteivorsitzenden Katja Kipping, emanzipa-

torische Linke (EmaLi), zogen bei vielen Abstimmungen und in vielen Aspekten der Redebeiträge mit großen Teilen der Antikapitalistischen Linken (AKL) an einem Strang. Dieses Bündnis zeigte sich bei den Redebeiträgen verschiedener Genoss*innen und bei Abstimmungen in einer ganz neu zusammengesetzten 60:40-Prozent-Stimmenmehrheit.

Die Positionierung in dieser Konstellation zeigte sich nicht nur bei der Formel der „offenen Grenzen“ und verwandten Formulierungen zum Thema Flucht und Migration. Auch bei Abstimmungen, in welchen darüber entschieden wurde, ob ausdrücklich und ohne irgendwelche relativierenden Schuldzuweisungen an Russland oder seine unter westlicher Aggression leidenden Bündnispartner eingefordert werden sollte, dass der Westen seine Aggressionen beenden müsse, zeigte sich eine ähnliche Konstellation. Es ging in Anträgen um die Frage, wie entschieden die Verurteilung der Aggression des Westens an der Grenze zu Russland oder auch der Regime-Change-Politik in Syrien ausfallen sollte.

In der Rede zum Ende des Parteitags am Sonntag bat die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht darum, dass es anders als in der Vergangenheit möglich sein sollte, auch beim anspruchsvollen Thema Flucht und Migration über Argu-

mente und Ansätze sachlich und ohne persönliche Diffamierung zu diskutieren. Die Rede wurde wie schon 2017 in Hannover mit begeistertem Applaus bedacht. Hierauf folgte aber ein Antrag, dass direkt vor Ort eine einstündige Aussprache zum Thema „offene Grenzen“ stattfinden solle. Diese Diskussion bot dann den Medien die gewünschten Bilder einer zerstrittenen Partei. Dennoch machten die Diskussionsbeiträge deutlich, dass eine gründliche Diskussion, wie gefordert, ohne persönliche Diffamierungen und innerhalb der Partei statt über die Medien, durchaus sinnvoll sein würde. In mehreren Redebeiträgen, die unterstrichen, dass die Forderung „offene Grenzen für alle“ nicht so einfach sei, wie es sich auf den ersten Blick anhöre, wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, dass wir nicht nur von über 65 Millionen Menschen auf der Flucht reden müssten, sondern auch von 900 Millionen Hungernden. Daraus werde klar, dass die Bekämpfung von Fluchtursachen eine der wichtigsten Forderungen sei. Sollen wir als Partei, da wir uns nicht zutrauen, durchzusetzen, dass sämtliche Waffenexporte gestoppt und für die „ärmeren Staaten“ destruktive Wirtschaftsbeziehungen grundlegend verändert werden, stattdessen versuchen einzufordern, dass allen diesen Menschen ermöglicht wird, „auf sicheren Wegen“ nach Europa zu kommen? Ich glaube, dass die Verabredung zum Ende des Parteitags ein wichtiges Ergebnis ist, dass Parteivorstand und Fraktion das gesamte Thema in einer Klausur besprechen und Vorschläge dazu entwickeln, wie auch innerhalb der gesamten Partei, auf allen Ebenen die Diskussion organisiert werden kann.

Edgar Schu

► Pia Zimmermann als Landesvorsitzende zurückgetreten

Mitte Juni ist die Wolfsburger Bundestagsabgeordnete Pia Zimmermann als Landesvorsitzende der LINKEN Niedersachsen zurückgetreten. Laut Hannoverscher Allgemeinen vom 21.6. hatte Pia dies so begründet: „Unter den vorherrschenden Bedingungen im geschäftsführenden Landesvorstand“ sei sie nicht in der Lage, der „großen Verantwortung sowie meinem eigenen Anspruch an politische Zusammenarbeit,

die wirklich dem Landesverband unserer Partei dient, gerecht zu werden.“

Auch benannte Pia „atmosphärische Störungen“ im geschäftsführenden Landesvorstand. Ausdrücklich hätte sie es abgelehnt, von einer Krise zu sprechen.

Gerade im KV Göttingen/Osterode ist Pia als engagierte Bundestagsabgeordnete mit dem Schwerpunkt „Pflege“ sehr geschätzt. Erst im Januar war sie in Göttingen aufgetreten.

Seit März 2017 war Pia mit Anja Stoeck Teil einer weiblichen Doppelspitze. Die nächste Sitzung des Landesparteitags ist am 8. September, so dass dann ein Nachfolger(in) gewählt werden könnte. Interesse hat das Hildesheimer Landesvorstandsmitglied Lars Leopold bekundet. Er ist Kreistagsabgeordneter und wird dem linken Flügel der Partei zugerechnet. Sein Schwerpunkt ist vor allem die Sozialpolitik.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass es weitere Kandidaten geben wird. Möglich wäre beispielsweise eine Kandidatur des Wolfenbütteler Bundestagsabgeordneten Victor Perli, der auch Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen ist.

ef

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 10 - Juni 2018

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Neben der Beratung inhaltlicher Themen stand auf der Tagesordnung des Kreistages nach der Auflösung der AfD-Fraktion auch die Umbesetzung der Ausschüsse. Die neue „UMG“-Fraktion kapierte aber zunächst mal wieder gar nichts und war sich wohl auch nicht bewusst, im Kreisausschuss nur noch mit einem Grundmandat ohne Stimmrecht vertreten zu sein. - Bei unserer Gruppe wurden keine Veränderungen vorgenommen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 15 – Neuauflage des Gedenkbuches „Die jüdischen Bürger/innen im Kreis Göttingen 1933-1945“

Zur vergangenen Kreistagssitzung hatten wir den Antrag eingebracht, das vor über zwanzig Jahren vom Landkreis herausgegebene Gedenkbuch in einer gründlich überarbeiteten Fassung neu auflegen zu lassen. In der ersten Auflage wurden viele Personen noch nicht berücksichtigt, zudem ist unser Landkreis inzwischen um den Altkreis Osterode vergrößert worden. Die Quellenlage hat sich mithin deutlich verbessert und die erste Auflage ist ohnehin längst vergriffen.

Bevor unser Antrag auf den Weg gebracht wurde, gab es Beratungen mit der jüdischen Kultusgemeinde und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, wo wir für unsere Initiative Lob erhielten. Dabei entstand auch die Idee, die gedruckte Fassung durch eine Online-Datenbank zu ergänzen, da die Informationen auf diese Weise eine größere Verbreitung finden und stets auf dem neuesten Forschungsstand gehalten werden können. Diese Idee wurde dann von der Mehrheitsgruppe in der Form aufgegriffen, nur noch eine Online-Version zu erstellen und auf eine gedruckte Fassung zu verzichten.

Konrad Kelm und Hans-Georg Schwedhelm begründeten für unsere Gruppe die Notwendigkeit, auch eine gedruckte Fassung herauszugeben: Eine gedruckte Fassung verleihe dem Gedenken und der Mahnung zusätzliches Gewicht, es fallen nur wenig Mehrarbeit und geringe Kosten an und außerdem dürften auch rechtlichen Gründen nicht einfach alle Namen in eine Datenbank aufgenommen werden.

Mit Ausnahme der FDP lehnten aber alle anderen Fraktionen eine gedruckte Fassung ab. Diese könne auch später noch herausgegeben werden. Der Kompromissvorschlag des FDP-Fraktionsvorsitzenden Tom Stiller, parallel ein E-Book oder eine Print-on-Demand-Version zu erstellen, fand auch keine Mehrheit. Im Ergebnis wird nun lediglich die Erstellung einer Datenbank in Angriff genommen.

TOP 22/23 - FFH-Gebiet 143 im Kaufunger Wald

Bei der Unterschutzstellung dieses in der Gemeinde Staufenberg liegenden Gebietes wurde von der Verwaltung eine Teilung des Gebietes in ein Naturschutz- und ein Landschaftsschutzgebiet vorgeschlagen. Aus unserer Sicht, die sich an den naturschutzfachlichen Erkenntnissen orientiert, können die erforderlichen Standards aber nicht durch die Einrichtung eines Landschaftsschutzgebietes erreicht werden. Eine Aufsplitterung des FFH-Gebietes ist daher nicht zielführend.

Dementsprechend brachte unsere Gruppe einen Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage ein, um auch für den bisher nicht als Naturschutzgebiet vorgesehenen Bereich das notwendige Beteiligungsverfahren noch einzuleiten.

Erwartungsgemäß waren unsere Änderungsvorschläge nicht mehrheitsfähig und in der üblichen Showeinlage des CDU-Abgeordneten Wille wurde auch noch das genaue Gegenteil gefordert, wie üblich mit der knallharten Lobbyarbeit für die Land- und Forstwirte, in deren „Eigentumsrechte“ ja mit der Unterschutzstellung eingegriffen würde.

Laut Beschluss wird das Gebiet nun also aufgeteilt, wobei unser Redner Eckhard Fascher die Frage aufwarf, ob die beschlossenen Standards als rechtssicher gelten können oder von der EU-Kommission angefochten werden können.

TOP 24 – Maßnahmen am Seeburger See

Zu einem Dauerbrenner hat sich die Situation im Seeburger See entwickelt. Unsere Gruppe wurde nun mit einem eigenen Antrag aktiv. Die darin von uns vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich auf eine mögliche Situation wenn im Sommer zu einer starken Erwärmung des Wassers im Bereich des Seenagers und als Folge zu einer Erwärmung des Wassers in der Aue und im Seeburger See kommt. Durch zu warmes Wasser und zu wenig Sauerstoff kommt es im See zur Sedimentierung, die langfristig eine Verlandung des Sees zu Folge haben könnte. Hans-Georg Schwedhelm forderte für unsere Gruppe zum Handeln auf.

Für die Grünen äußerte sich Frau Wirth in der gerade von dieser Fraktion inzwischen gewohnten Unsachlichkeit, deren Redner es einfach nicht lassen können, nahezu jeden Antrag unserer Gruppe als „populistisch“ oder ähnlich dämlich zu titulieren. Gerade in der Umweltpolitik fühlt sich diese Fraktion offenbar allein zuständig, was Sachargumente allerdings nicht ersetzen sollte. Unser Antrag wurde natürlich von allen Anderen abgelehnt.

TOP 25 – Glyphosat-Verbot

Wie Konrad Kelm und Eckhard Fascher erläuterten, war das Ziel unseres Antrags einerseits eine Aufforderung an die Bundesregierung Glyphosat zu verbieten und andererseits die Initiierung eines örtlichen Bündnisses gegen Glyphosat.

Ein Änderungsantrag der CDU-Antrag sah lediglich ein Bekenntnis zur Regelung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vor. Ein Antrag der Kreistagsmehrheit kritisiert den früheren Landwirtschaftsminister und enthält fordert ein Glyphosat-Verbot ohne dass dies weiter konkretisiert wird. Ähnlich hilflos wie die Anträge wirkten die der Redner von SPD, Grünen oder CDU: „Nicht weit genug“, „einseitig“, „an die falsche Adresse“, „nicht zeitnah umsetzbar“, „zuviel Personal“ waren die hilflosen Floskeln, die wir uns wie gewohnt anhören durften. Offenbar also ein richtiger Antrag von den falschen Leuten.

TOP 28 – Diversitätsmanagement für den Landkreis Göttingen

An den Fachausschuss überwiesen wurde unser Vorschlag, der Landkreis solle der „Charta der Vielfalt“ beitreten. Die Ziele der Charta der Vielfalt: "Die Charta der Vielfalt will die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Arbeitswelt in Deutschland voranbringen. Organisationen sollen ein Arbeitsumfeld schaffen, das frei von Vorurteilen ist.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität"

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger LinkeAchtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Neue Wohn-Gemeinnützigkeit – Alternative für Göttingen?

Mit einigen Erwartungen hatte die Ratsfraktion, unterstützt vom kommunalpolitischen Arbeitskreis und den Grobianen aus Grone, diese Veranstaltung vorbereitet und durchgeführt: Es sollte ein Auftakt für eine überparteiliche Diskussion zur Frage „bezahlbaren“ Wohnraums werden.



Dazu war zunächst **Hendrik Falkenberg**, Göttingen, Mitglied des Ortsrates Grone eingeladen, der sich

mit dem städtischen Kommunalen Handlungskonzept zur Schaffung und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums beschäftigt hatte. Dieses Konzept ist z.Zt. die ultimative Antwort des Rates und der Verwaltung, dem Thema in Göttingen etwas Konturen zu verleihen.

Falkenberg stellte das Konzept kurz vor und verwies sehr schnell auf die darin enthaltenen Widersprüche: So geht die Stadt – anhand des GEWOS-Gutachtens davon aus, dass in den kommenden Jahren mit einem Zuzug nach Göttingen von etwas mehr als 200 Menschen pro Jahr geben wird. Die Realität der letzten fünf Jahre aber hat gezeigt, dass es über 1.000 Menschen pro Jahr sind, die, neu in der Stadt, eine Wohnung suchen.

Vor allem aber setzte er sich mit den Ausnahmen bei der sog. Quote auseinander, die ja den vielbeschworenen Anteil von 30 % „bezahlbarer“ Wohnungen bei Neubauten festschreiben: Wo mehr als 10 % TranferleistungsbezieherInnen (Hartz IV, Grundsicherung und Wohngeld) wohnen, kann diese Quote ausgesetzt werden.

Das bedeutet für Grone z.B., dass hier – bei Neubau der Adler Real Estate AG - keinerlei preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden muss, da dieser Anteil übererfüllt ist. In der Konsequenz: Gentrifizierung dieses Stadtteils (Vertreibung ärmerer Bevölkerungsschichten).



Als zweiter Referent war **Jan Kuhnert**, Hannover, Vorstandsmitglied der Wohnraumversorgung Berlin – Anstalt öffentlichen Rechts ein-

geladen, der zum Thema Gemeinnützigkeit beim Wohnungsbau - Darstellung und Vision gemeinnütziger Gesellschaften, Vereine und Stiftungen referierte und diskutierte.

Kuhnert stellte zunächst weitgehende Beispiel aus Berlin vor, wo sechs kommunale Wohnungsbaugesellschaften mit der Mehrheit der kommunalen Mandatsträger eine wesentlich weiter gefasste Quote für geringverdienende MieterInnen erfüllen als dies in Göttingen der Fall sein soll. Und er konnte berichten, dass dies den Unternehmensbilanzen keineswegs schadet.

Er griff aber auch in die Diskussion zur Göttinger Situation ein und machte deutlich, dass hier die – ebenfalls in Berlin angewandte Methode – Milieuschutzsatzungen eine Möglichkeit bietet, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. So kann in derartigen Satzungen vereinbart werden, dass z.B. bei Verkauf von Mietwohnraum zukünftig weder eine Umwandlung in Eigentumswohnungen, ein Einbau die Miete verteuender Elemente (z.B. Fahrstühle) noch die Aufteilung in kleinere Mieteinheiten erlaubt ist. Wenn dies vom neuen Eigentümer abgelehnt wird, macht die Kommune von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch.

Die Veranstalter machten deutlich, dass sie mit genau diesem Thema nach der Sommerpause die Diskussion weiterführen wollen.

Fazit: Ein mehr als wertvolle Veranstaltung mit einer Reihe von Anregungen auch für Göttingen. Nur ließ der Besuch der Veranstaltung mehr als nur zu wünschen übrig: Zwar waren etliche Gäste aus dem studentischen Milieu, die um ihre Wohnungen mit dem Stu-

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 29. August, 19.00 Uhr
Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema:

Aufgaben und Arbeiten des Integrationsrates

Gäste:

Birgit Sacher, Geschäftsführerin, sowie ein Mitglied des Integrationsrates

Es ist schon wieder über ein Jahr her, dass der Integrationsrat der Stadt Göttingen gewählt wurde. Wir haben die Geschäftsführerin und Mitglieder des Integrationsrates eingeladen, um uns von ihnen die Aufgaben des Rates näherbringen zu lassen und gemeinsam darüber zu beraten, wie die Göttinger Linke hier unterstützen kann.

dentenwerk kämpfen und auch aus Grone anwesend. Leider aber waren die kommunalpolitischen Akteure aus dem Rat und dem Kreistag überhaupt nicht anwesend, so dass eine wirklich überparteiliche Diskussion leider nicht begonnen werden konnte.

(gusi)

Rede von Gerd Nier im Rat am 15.6. zur Umnutzung des ehemaligen Goethe-Institut

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag bezieht sich im Kern auf die Einhaltung bestehender Regelungen für den Verkauf kommunaler Objekte: Nach §125 NKomVG dürfen Kommunen Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht benötigen, veräußern.

Die Verwaltung hat aber bisher noch nicht einmal ansatzweise den Versuch unternommen zu prüfen, ob das Fridtjof-Nansen-Haus für anstehende Aufgaben in unserer Stadt geeignet ist oder zumindest sein könnte. Und solange nicht nachvollziehbare und überprüfbare Argumente und Belege auf dem Tisch liegen, halten wir daran fest: Kein Verkauf des Fridtjof-Nansen-Hauses.

Bei dem Verkauf, der heute hier letztlich beschlossen werden soll, werden wir eine kurzfristige Einnahme für den Haushalt verbuchen können, die schon zu großen Teilen für Mieten an einen privaten Vermieter wieder gebunden sind. Im Gegenzug dafür werden wir dafür aber das Fridtjof-Nansen-Haus für immer los sein. Wir stehen am Ende tatsächlich mit leeren Händen da. Und sind lediglich um eine weitere wichtige Immobilie ärmer. Soviel zur immer wieder betonten Wirtschaftlichkeit dieses Verkaufs. Aber das ist nicht unser einziges und gewichtigstes Argument:

Ein Stadtarchiv mit seinen wertvollen stadthistorischen Beständen lässt sich sicher nicht einfach mal so für einen begrenzten Zeitraum auslagern. Das ist schon eine größere und möglichst auf Dauer angelegte Herausforderung. Es ist nach Aussagen von ExpertInnen ohne Schäden zu befürchten kaum denkbar, möglicherweise nach 25 Jahren einem erneuten Umzug zu vollziehen. Dies wird als unvorsichtig, leichtfertig und als erneut sehr kostspielig bezeichnet. Wir haben uns das jetzige Archiv erst kürzlich angesehen und dabei auch dort erfahren, wie risikoreich es sein kann, mit einem Archiv alle 25 Jahre den Standort wechseln zu wollen.

Offensichtlich hat auch die Überprüfung der Stadtverwaltung ergeben, dass man für die Unterbringung des Archivs eine langfristige, möglichst dauerhafte Lösung braucht. Diese ist aber nur garantiert, wenn dies in einem stadteigenen Gebäude geschieht. Ob sich das in der Villa des Fridtjof-Nansen-Hauses nicht doch realisieren lassen könnte ist nach eigener Aussage der Verwaltung nie ernsthaft geprüft worden. Hier genügt als Grundlage die einfache Aussage: Wir halten das Gebäude für nicht geeignet. Da macht man es sich aus unserer Sicht zu einfach. Das genügt uns nicht.

Kommen wir zu einem weiteren Aspekt: Es ist möglich, dass in dem Anbau des ehemaligen Wohnheims Haus preisgünstiger Wohnraum für 50 bis 60 Menschen geschaffen werden kann. Stattdessen kündigt der potentielle Käufer an, damit den möglichen Bedarf an Büro- und Verwaltungsräumen für seinen Verlag zu decken. 1500 m² Wohnraum stehen zur Disposition, bei dem von allen Seiten betonten enormen Bedarf an günstigen Wohnraum. Dieser Wohnraum wird dringend gebraucht. Wie will denn die Verwaltung sonst die Zusage einhalten, die Siekhöhe endlich Mitte nächsten Jahres zu schließen? Warum sonst schickt die Verwaltung an die BewohnerInnen von Sammeleinrichtungen Schreiben mit der Aufforderung alle vier Wochen ihre Bemühungen zum Finden einer Wohnung auf dem überhitzten Göttinger Wohnungsmarkt nachzuweisen. So wie es aussieht wird die Stadt gar nicht drum herum kommen Wohnungen für teures Geld auf dem privaten Wohnungsmarkt anzumieten. Und somit haben wir den Erlös für das gesamte großzügige Areal des ehemaligen Goethe-Institut aufgebraucht. Summieren Sie doch einfach nur einmal, welche Millionenbeträge wir für die Anmietung des ehemaligen IWFs und der Lagerhalle auf der Siekhöhe ausgegeben haben.

Im Volksmund heißt es: was einmal weg ist für immer weg. In etlichen anderen Kommunen macht sich so langsam die Erkenntnis bei Kommunalpolitikern breit, dass sich die Privatisierung öffentlichen Eigentums in ganz vielen Fällen als teurere Fehlkalkulation erwiesen hat. Wir dürfen uns auch. In Göttingen so langsam nicht mehr darüber wundern, wenn immer mehr Menschen gegen Wohnungsnot auf der Straße demonstrieren, wenn Hausbesetzungen als Symbol gegen eine verfehlte Wohnungspolitik wieder vermehrt zu verzeichnen sind. Entscheiden Sie sich mit uns für städtischen Wohnraum statt für private Büro und Verwaltungsflächen und für die dauerhafte Unterbringung unseres Stadtarchivs in einer eigenen Immobilie.

Lieber Kollege Wedrins, nicht wir setzen immer wieder neue Themen, sondern wir greifen Themen auf, die die BürgerInnen bewegen, an uns herantragen und wo sie Antworten von der Politik verlangen. Und wenn sie das Populismus nennen, dann mag das aus ihrer Sicht abwertend gemeint sein, wir sehen darin dann doch eher den Versuch zumindest die Interessen des weniger privilegierten Teils der Bevölkerung aufzugreifen und zu thematisieren. Insofern müssen sie auch weiterhin damit umgehen, dass wir Themen setzen werden. Wenn es Ihnen an Themen mangelt, dann ist das ihr Problem.

Wir stimmen also gleich darüber ab, ob wir überhastet ein tolles Gebäude der Stadt einfach nur schnell los werden wollen oder ob wir uns alle Optionen die dieses Haus bietet, mit Klarheit und Phantasie aber auch mit der notwendigen Ruhe betrachten wollen.

Kontakt Daten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

(...) Fortsetzung „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege“ von Seite 1

Die Angemessenheit ist grundsätzlich im Einzelfall zu bestimmen und dabei auch die Verfügbarkeit zu berücksichtigen (konkrete Angemessenheitsgrenze).

Aus Gründen der Praktikabilität und der Verlässlichkeit des Verwaltungshandelns ist es sinnvoll und notwendig, eine abstrakte Angemessenheitsgrenze festzulegen, die im Regelfall gilt, im Einzelfall aber nach oben zu korrigieren ist. Die abstrakte Angemessenheitsgrenze sollte jedoch nicht mit dem gleichgesetzt werden, was zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz gerade so erforderlich ist (Zumutbarkeit nach unten). Sie ist vielmehr so zu bemessen, dass in der überwiegenden Zahl der Fälle eine Anpassung im Einzelfall nicht erforderlich ist. Den Kommunen ist bei der Festlegung des Werts zwischen der Zumutbarkeit nach unten (Existenzminimum) und der Angemessenheit nach oben daher ein Spielraum zu belassen.

Schon bei der Ermittlung der abstrakten Angemessenheitsgrenze sollte die Bedeutung der Verfügbarkeit des Wohnraums berücksichtigt werden. Dies könnte derartig erfolgen, indem die Angemessenheitsgrenze durch Neuvertragsmieten / Angebotsmieten und nicht auf der Grundlage von Bestandsmieten ermittelt wird.

Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass es nicht den Leistungsberechtigten aufgebürdet wird zu beweisen, dass eine kostengünstigere Unterkunft nicht zur Verfügung steht. Es sollte stattdessen den Grundsicherungsträgern obliegen, im Einzelfall nachzuweisen, dass kostengünstigerer angemessener Wohnraum tatsächlich zur Verfügung steht. Solange keine neue, angemessene Wohnung zur Verfügung steht, sind die Kosten der bisherigen Wohnung vollständig zu übernehmen

Ein weiteres Problem stellt die automatische Aufrechnung von Mietkautionen

und Genossenschaftsanteilen mit dem laufenden Regelbedarf dar. Für diese Ausgaben müssen die Leistungsberechtigten ein Darlehen beim Jobcenter aufnehmen, das nach neuerer Rechtslage automatisch mit dem laufenden Regelbedarf verrechnet wird. Dadurch kommt es zu Abzügen vom Regelbedarf und damit zur Unterschreitung des soziokulturellen Existenzminimums, oft über mehrere Monate hinweg.

Offenbar gibt es flächendeckend große Probleme, für in Einkommensarmut lebende Haushalte genügend günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die BAGFW regt daher ergänzend zu den konkreten Regelungen bezüglich der Angemessenheitsgrenzen an, einen politischen Schwerpunkt in der Arbeit der neuen Bundesregierung in der Erarbeitung von Vorschlägen für die Wiederbelegung eines ausreichend großen gemeinwohlorientierten Sektors auf dem Wohnungsmarkt zu setzen.

(...) Fortsetzung „Pädagogen im Visier“ von Seite 4

Dem aktuellen Jahresbericht der „Jugendoffiziere“ zufolge veranstalten außerdem etliche Kampfeinheiten der Bundeswehr regelmäßig einen „Tag der Schulen“ - ein „Format“, das mittlerweile zumindest in Baden-Württemberg um einen eigenen „Tag der Lehrkräfte“ ergänzt wird.[6]

Unerwünschte Handreichung

Besonders lobend äußern sich die „Jugendoffiziere“ in ihrem Report über die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien und den Schulbehörden der einzelnen Bundesländer, die vielfach durch sogenannte Kooperationsvereinbarungen geregelt ist (german-foreign-policy.com berichtete [7]). Verwiesen wird insbesondere darauf, dass die Truppe in Niedersachsen ungehinderten Zugang zu den „Regionalkonferenzen“ der Schulleiter hat und in ganz Hessen bei den dortigen „Schulleiterdienstversammlungen“ auftreten darf. An einer „Handreichung“ des Bildungsministeriums Sachsen-Anhalt für Lehrer hingegen üben die „Jugendoffiziere“ scharfe Kritik, machen sie das Papier doch für einen „spürbare[n] Rückgang der Veranstaltungen mit Schulen“

verantwortlich.[8] Der seinerzeitige Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) hatte hierin 2014 gemäß der geltenden Rechtslage angeordnet, dass Truppenbesuche „keinen erlebnispädagogischen Eventcharakter“ haben dürfen, dass für die „Karriereberater“ der Bundeswehr während der Schulzeit ein „absolutes Werbeverbot“ gilt und dass Vorträge von „Jugendoffizieren“ durch Referate von Angehörigen friedenspolitischer Organisationen zu flankieren sind.[9]

Fachliche Beratung

Aber selbst in einer solchen Situation können interessierte Pädagogen

immer noch auf die unter dem Titel „Frieden und Sicherheit“ firmierenden „Unterrichtsmaterialien“ der als gemeinnützig anerkannten „Stiftung Jugend und Bildung“ zurückgreifen. Die von Funktionären der Kultusministerien in Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen geleitete Organisation stützt sich nach eigenen Angaben auf die „fachliche Beratung“ des Bundesverteidigungsministeriums.

In einem aktuellen „Arbeitspapier“ der Stiftung zum Thema „Cybersicherheit“ wird denn auch ein Presseartikel zitiert, dessen Autor sich explizit dafür ausspricht, „bei Angriffen im Internet zurück[zuschlagen“. Lehrer, die in den Jahrgangsstufen 9 bis 12/13 Geschichte, Politik oder Sozialkunde unterrichten, erhalten anschließend die Aufforderung, ihren Schülern folgende Aufgabe zu stellen: „Sollte es einem Staat bei einem Cyberangriff aus dem Ausland möglich sein, gegebenenfalls einen Server im Ausland unschädlich zu machen? Bislang gibt es keine internationalen Regeln, wie Staaten auf einen Cyberangriff reagieren könnten. Führen Sie eine Pro-Kontra-Diskussion zu sogenannten aktiven ‚Hackbacks‘.“[10]

